



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Margit Wild, Michael Busch, Christian Flisek, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Klare Richtwerte für den Umgang mit der Pandemie! Mit Transparenz und Nachvollziehbarkeit Vertrauen und Mitwirkungsbereitschaft der Bevölkerung erhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend ein System von Richtwerten für das Management der Coronapandemie in Bayern zu entwickeln und zu erlassen. Als Richtwerte kommen neben der 7-Tage-Inzidenz und der 7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz je Landkreis/kreisfreie Stadt landesweite Kennzahlen für den Anteil der von COVID-19-Erkrankten belegten Intensivbetten, die Impfquote oder den R-Wert in Frage. Das Richtwertsystem soll mit klaren Grenzwerten und Warnstufen versehen werden.

Regelungen zu Kontaktbeschränkungen im privaten Bereich, zu Einschränkungen bei Veranstaltungen und Versammlungen, der Nutzung von Dienstleistungen, der Benutzung von Sportanlagen, im Bereich von Gastronomie und Beherbergung, im Einzelhandel, für Messen oder in Diskotheken und Clubs orientieren sich an den Warnstufen des betreffenden Landkreises / der betreffenden kreisfreien Stadt. Das Richtwertsystem soll von einem Expertengremium erarbeitet und veröffentlicht werden.

Begründung:

In Bayern fehlt nun schon seit Wochen ein Richtwert zur Einschätzung der Coronalage als Grundlage für transparente und nachvollziehbare Entscheidung über geeignete Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung. Die Staatsregierung hat nacheinander die Inzidenzrichtwerte, die Krankenhausampel und zuletzt die Hotspotregelung für Inzidenzen über 1 000 als Maßstäbe abgeschafft, ohne für Ersatz zu sorgen. Die eigene Ankündigung, ein neues System für Richtwerte zu entwickeln und bekanntzugeben, wurde nicht umgesetzt.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder forderte stattdessen am 29. Januar 2022 von der Bundesregierung „neue und verlässliche Maßstäbe“ zur Bewertung der Coronalage. Ein neues Bewertungssystem solle sich an der Belegung der Krankenhausbetten orientieren. Der Bund sei gefordert, eine funktionierende und aussagekräftige Krankenhausampel auf den Weg zu bringen.

Diese Auffassung widerspricht den eigenen stetig wiederholten Forderungen, die Zuständigkeiten bei den Bundesländern zu belassen. Ein sinnvolles und funktionierendes System an Richtwerten für das Coronamanagement kann und soll von der Staatsregierung für den Freistaat entwickelt werden. In mehreren anderen Bundesländern (u. a. Niedersachsen, Berlin, Rheinland-Pfalz, Thüringen) sind entsprechende Indikatoren-systeme bereits seit Längerem in Kraft.

Die im September 2021 von der Staatsregierung in Bayern eingeführte sogenannte Krankenhausampel wies mehrere gravierende Schwächen auf: Es blieb unklar, wie die Werte für die drei Ampelstufen genau ermittelt werden. Außerdem wurde monatelang nicht bekannt gegeben, welche Einschränkungen oder Maßnahmen bei einem Umspringen der Ampel auf gelb oder rot erfolgen sollten. Ein besonderer Mangel bestand in der Verwendung von ausschließlich landesweiten Kennzahlen, ohne regionale Entwicklungen abzubilden. Für die Kommunen blieb unklar, welche Maßnahmen sie ergreifen sollten, die Bürgerinnen und Bürger wussten lange nicht, worauf sie sich einstellen mussten. Die Krankenhausampel wurde wegen dieser Defizite bereits am 23. November 2021 von der Staatsregierung wieder abgeschafft. Stattdessen wurde angekündigt, dass das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit einen Monitoring-Prozess in Angriff nehme, der die Omikron-Lage berücksichtige. Die Umsetzung steht immer noch aus. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, durch Klarheit, Transparenz und Nachvollziehbarkeit das Vertrauen und die Mitwirkungsbereitschaft der Bevölkerung zu erhalten.